

25.03.2002

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

**Wortprotokoll**

**über die**

**10. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 28. Februar 2002**

**(15.12 Uhr bis 20.43 Uhr)**

<b>4.3 Heroinversuch nicht im Ostend!.....</b>	<b>21</b>
Antrag der REP gemäß § 14 (3) GOS vom 06.02.2002, NR 496	
Stadtverordneter Dr. Ralf-Norbert Bartelt, CDU:.....	23
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:.....	25
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:.....	28
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:.....	30
Stadtverordneter Michael Langer, REP:.....	31
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	33
Stadtverordneter Dr. Giesbert Schulz-Freywald, FAG:.....	33
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....</b>	<b>34</b>
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	36
Stadtverordneter Stephan Siegler, CDU:.....	38
Stadtrat Nikolaus Burggraf:.....	40
Oberbürgermeisterin Petra Roth:.....	43
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:.....	44
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	46
5. Haushaltswirtschaft der Stadt Frankfurt am Main	
Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 20.02.2002.....	47
Bericht des Magistrats vom 25.02.2002, B 198	
Stadtkämmerer Horst Hemzal:.....	47
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	49
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	52
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	53
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	54
Oberbürgermeisterin Petra Roth:.....	56
Stadtverordneter Michael Langer, REP:.....	57
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:.....	58
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	61
Stadtverordneter Hans Busch, SPD:.....	63
6. Verabschiedung der Tagesordnung II.....	66
7. Erfahrungsbericht der Koordinierungsstelle Kinder zur Lebenssituation Frankfurter Kinder.....	66
Bericht des Magistrats vom 12.11.2001, B 886	
Stadtverordnete Marina Demaria, GRÜNE:.....	66
Stadtverordnete Hildegard Krauß, CDU:.....	68
Stadtverordnete Brigitte Enzmann, SPD:.....	69
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:.....	71

halb muss ich sagen, Kompliment, dass die Bürgerinitiative so rational und offen mit dem Projekt und dem Programm umgegangen ist.

Das hilft uns in der augenblicklichen Situation aber nicht weiter. Wir haben einen Standort, wir haben uns im Gesundheitsausschuss zusammengerauft, und ich muss sagen, wenn die Öffentlichkeit erfahren würde, wie ernsthaft und über alle Grenzen hinweg im Gesundheitsausschuss dieses heikle Thema diskutiert wurde, dann würde man nicht leichtfertig über "die Politiker schlechthin" reden.

Ich muss sagen, dass der Dank diesen engagierten Bürgern gehört, und deswegen ist mein wichtigstes Anliegen die Sicherheit für die Bevölkerung in dem betroffenen Gebiet. Keiner von uns kann sagen, was da passiert. Ich habe im Laufe der Jahre die Erfahrung gemacht, wenn ich als Vater vor irgendeinem Ereignis, das auf meine Kinder hätte zukommen können, Angst hatte, dass die Kinder schon viel weiter waren. Meine Kinder sind jahrelang durch den Bahnhof und durch die B-Ebene gelaufen und haben die Drogenszene gesehen. Wenn ich sie begleitet habe, fing ich an zu frösteln, während die Kinder das Ganze als selbstverständlich hingenommen haben.

Das ist natürlich kein Grund, dem Ostend so etwas zuzumuten. Wir haben gehört, in Bonn ist ein Projekt bereits angelaufen. Ich halte es für völlig falsch, den Wettbewerb zu eröffnen, wer der Erste ist, der eine solche Ambulanz aufmacht. Ich wäre froh, wenn wir in Frankfurt keine solche Ambulanz brauchten. Das wäre ein Erfolg, nur ist das leider eine Milchmädchenrechnung.

Was wir der Bevölkerung zumuten, ist sehr viel. Die Zusammenarbeit im Gesundheitsausschuss war sehr gut. Ich möchte noch auf eines aufmerksam machen: Es handelt sich hierbei um einen Versuch, das gerät ein bisschen in Vergessenheit. Lassen Sie uns erst einmal anfangen und schauen, ob wir beim Abwägen der Güter, nämlich der Gesundheit dieser Menschen, die am Rande der Gesellschaft vegetieren und den Interessen der Bevölkerung, einen Ausgleich finden können, der den Belangen Sicherheit Rechnung trägt und der den Kranken Rechnung trägt, damit wir als Frankfurter Bürger in diesem Punkt

unserer Verantwortung nachkommen. Wir können die Augen vor dem Problem nicht verschließen, ob es uns gefällt oder nicht. Es ist eine Menge Geld, die die Kommune in dieser schwierigen, angespannten Haushaltssituation aufbringt - es kostet die Frankfurter Bevölkerung 100 Mark pro Nase und pro Besuch. Das sind für jeden Süchtigen 300 Mark am Tag. Bei 8.000 Süchtigen, die man als Dunkelziffer annimmt, steht vor uns ein Problem, das in seiner Dimension nicht zu überschauen ist. Es wurde schon gesagt, wenn die Schweiz als konservatives Land sagt, da ist ein Licht im Tunnel, da könnten wir vorankommen, dann sollten wir den Versuch wagen, und die Stadt soll alles versuchen, um der Bevölkerung die Angst, die sie hat, zu nehmen, damit diese Ängste erst gar nicht Realität werden müssen.

Vielen Dank!

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Als Nächste hat sich Frau Ditfurth von der ÖkoLinX-ARL-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte sehr!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Wie das Leben von Heroinabhängigen abläuft, ist vorwiegend - wie einige von uns wissen - eine soziale Frage, was man unter anderem an der Geschichte der Mediziner sieht, wo es früher viele Morphinabhängige gab, die sozial nicht weiter auffielen, weil sie genug Geld hatten, sich gesund zu ernähren und die nicht "auffällig", sondern sozial integriert lebten.

Vorhin wurde die Achtzigerjahre-Diskussion um Drogenabhängige erwähnt. Es gab damals Anfang der achtziger Jahre eine ziemlich scheußliche Debatte um die Junkies in der Taunusanlage, wo die Argumentation von Seiten der Banker, die in der Mittagspause dort verweilten, so war, dass man diesen "Dreck" aus den Augen haben wollte. Das war der Anfang der Diskussion, die später zu positiven Modellprojekten führte, aber eben mit dieser schäbigen Inhumanität begonnen

hat. Ich bin auch ganz sicher, dass die Unterwürfigkeit des Magistrats dem Kapital gegenüber dazu geführt hat, dass in deren Sichtweite solche Einrichtungen nicht existieren. Das ist vollkommen klar, und das wissen auch die, die jetzt kichern, weil sie es ganz klasse finden, dass die Heroinambulanz nicht bei ihnen um die Ecke ist.

(Zurufe)

Ich möchte mich zuerst zu dem Antrag der Republikaner äußern und ein paar deutliche Worte dazu sagen. Erstens: Ich fühle mich von einem Republikaner auf einer Parkbank mehr belästigt als von irgendeinem Junkie.

(Beifall)

Zweitens: In dem Antrag der Republikaner steht unter anderem: "Das Ostend ist mit seinem hohen Ausländeranteil gerade südlich der Hanauer Landstraße bis zum Großmarkt trotz positiver Ansätze noch immer ein Sorgenkind. Es wäre fatal, hier noch eine Problemzone direkt an der Hanauer Landstraße zu schaffen." Das bedeutet, Ausländer sind per se Problemzonen. Das ist rassistischer Dreck, und das ist die Mentalität von wild gewordenen Kleinbürgern, die Ressentiments schüren gegen alles, was ihrer merkwürdigen Norm nicht entspricht.

In dem Antrag steht außerdem, das sei ein "großangelegter Menschenversuch". Genau das Gegenteil ist der Fall. Sie sprechen von "Drogentankstellen", aber Sie lassen in dieser Stadt unendlich viele Drogentankstellen zu und frequentieren Sie auch häufig, nämlich überall da, wo sich Alkoholiker treffen, die allerdings nicht unter die gleichen Kriminalisierungsformen fallen. Gegen diese Form der Drogentankstellen, wie sie diskriminierend bezeichnet werden, haben die Republikaner nichts, und ich freue mich sehr, dass auf der Tribüne bei den Äußerungen des braunen "Kollegen" niemand Beifall geklatscht hat. Das hat mich sehr gefreut.

Zum Antrag NR 500 von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP möchte ich Folgendes sagen: Kleine Fraktionen konnten in diesem Verfahren leider keine wesentliche Rolle spielen, deswegen müssen wir die Ergebnisse zur Kenntnis nehmen und Skeptisches anmerken, was die Art der Ortsfindung an-

geht. Ich möchte deutlich sagen, ich bin sehr für dieses Projekt und ich bin unter diesen Umständen auch für den Standort, zumal es keinen Antrag gibt, außer dem der REP-Fraktion, der nicht zur Debatte steht, der diesen Standort in Frage stellen würde. Ich wäre froh, wenn es künftig transparente Debatten darüber geben würde.

Der Antrag NR 500 ist zumindest zu einem Teil in seinen fünf Unterpunkten nichts als repressive Klientelbefriedigung. In Punkt a) wird gesagt, in Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium gibt es während des Heroinmodellversuches verstärkte Kontrollen im Umfeld durch Polizei, Sicherheitsdienste und so weiter, insbesondere an den Haltestellen. In Punkt b) wird gesagt, es gibt verstärkt Kontrollen in der Straßenbahnlinie 11 im Ostend. Wenn ich mir, bezogen auf die kurze Diskussion, die es vorhin um die Werbebildschirme in den Straßenbahnen gab, vorstelle, dass die Linie 11 künftig nicht nur berieselt wird, sondern man permanent irgendwelche Kontrollen hat, mit Hunden, ohne Hunde, schwarze Uniformen, blaue Uniformen, grüne Uniformen, dann ist das außerordentlich nervig. Die Leute im Ostend, die sich zum Teil mit sehr berechtigter Kritik organisieren, wären gut beraten, wenn sie sich gegen diese Form von Verschlechterung ihres sozialen Umfeldes durch permanente Überwachung, Kontrollen und Schikanen der falschen Leute wehren würden. Natürlich spricht nichts dagegen, die S-Bahnstation Ostend heller und freundlicher zu gestalten, das hätte man auch schon früher machen können.

Sehr misstrauisch macht mich Punkt e) in diesem Antrag. Das muss ein Versehen von den Antragstellern sein. Darin steht: Die Ambulanz ist räumlich so auszustatten, dass genügend Raum im Inneren vorhanden ist, um die Klienten nur innerhalb des Gebäudes warten zu lassen. Was denn sonst? Sollten sie vielleicht im Regen stehen? Ich nehme an, dass das so gebaut wird, dass die Leute tatsächlich vor Regen geschützt warten können.

Der Antrag NR 501 ist klar, die Informationskampagne startete viel zu spät, aber besser spät als gar nicht. Hier lag allen Stadtverordneten ein Aufruf der Bürgerinitiative Ostend vor, den ich sehr aufmerksam gelesen habe. Ich teile die Kritik an der intransparenten,

geheimnisvollen Form der Vergabe und der Entscheidung. Der Kollege von der FAG hat gesagt, wenn sie wüssten, wie in den Ausschüssen über alle Grenzen hinweg diskutiert wurde. Das war sehr süß formuliert, Fakt ist nur, warum wissen es die Menschen im Ostend nicht? Weil sie an den Entscheidungsprozessen nicht beteiligt waren. Das ist genau der Punkt. Die internen Diskussionen, die wunderbar laufen, nützen niemandem, wenn sie nicht durchsichtig und transparent sind. Ich möchte auf die Forderung ganz unten eingehen, dort steht: "Bürgerinitiative Ostend" und "Keine Heroinabgabestelle in Kindernähe". In Frankfurt gibt es immer mehr Single-Haushalte, aber ob es wirklich einen Stadtteil gibt, in dem man etwas bauen kann ohne Kindernähe? Ich hoffe, die Lage ist nicht so schlecht, was die Existenz von Kindern in dieser Stadt angeht. Das wird es nicht geben, ich hoffe, es gibt überall zumindest ein paar Kinder.

Damit ich nicht missverstanden werde: Ich bin für diese Ambulanz, man hätte vielleicht einen Standort im Westend finden können. Ich finde, da hätte sie hingehört, weil da auch die Leute wohnen, die zwar in der Mittagspause nicht die Junkies sehen wollen, aber in deren Banken, in deren gläsernen Palästen, die Drogen-Euros gewaschen werden. So gesehen wäre das eine Konsequenz gewesen, die Sie hätten ziehen können.

(Zurufe)

Ich bin gegen jedes Sankt-Florians-Prinzip, und ich hätte überhaupt nichts dagegen, wenn man ein solches Modellprojekt zum Beispiel im Nordend durchführen würde, wo ich wohne, meinetwegen auch bei mir um die Ecke. Das wäre mir auch nicht wichtig.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Hübner von der BFF-Fraktion. Bitte sehr!

**Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:**

Frau Vorsteherin,  
meine Damen und Herren!

Es ist sehr viel Redezeit verstrichen, ohne dass eine grundlegende Tatsache formuliert wurde. Wir sitzen zu diesem Thema überhaupt nur zusammen, weil es einen massiven Protest der Bevölkerung gegen die Standortentscheidung gegeben hat. Das ist der einzige Grund, warum wir hier sitzen. Eine halbe Stunde oder mehr ist vergangen mit diesem unsinnigen Geplänkel, das sich das Römerbündnis geleistet hat, indem man vorgespielt hat, es gäbe irgendwelche Differenzen. Das war peinlich. Es ist wirklich peinlich, wenn Sie dieses Thema und den Protest dagegen dazu benutzen, um irgendwelche Differenzen auszutragen. Sie haben doch - das wurde von Herrn Dr. Bartelt bestätigt - gemeinsam über den Standort entschieden. So habe ich das verstanden. Wenn Sie gemeinsam über den Standort entschieden haben, dann stehen Sie doch auch gemeinsam zu dieser Entscheidung und benutzen Sie nicht diese Diskussion dazu, um dem Publikum vorzuspielen, dass der eine diese und der andere jene Bedenken hätte. Die Klage über die Bundesregierung und all das, das ist doch völlig nebensächlich.

(Zurufe)

Nein, ich mache das eben nicht. Ich habe damit angefangen, dass ich die Tatsache genannt habe, dass es der Protest der Bevölkerung gewesen ist, der zu einer Bürgerinitiative geführt hat und der uns zu dieser Diskussion zusammengeführt hat. Es gab über das Projekt selbst nichts Neues zu diskutieren, das ist klar. Es gibt keinen Grund, über dieses Thema eine neue Diskussion zu führen. Was ist also hier abgelaufen? Man wollte eine Drogenambulanz an irgendeinem Punkt dieser Stadt platzieren. Das ist auch vernünftig, wenn man den Beschluss gefasst hat, dass solch eine Drogenambulanz gemacht wird. Aber wie ist das Vorgehen gewesen? Es ist so gewesen, dass es an der Bevölkerung vorbei eine Entscheidung gegeben hat. Die Bevölkerung wurde schließlich mit der Entscheidung konfrontiert. Dann wundern Sie sich, wenn die Bevölkerung, die damit konfrontiert worden ist, aufsteht und sagt, das lassen wir so nicht mit uns machen.